

Ein Prüfstein für die Verwirklichung der führenden Rolle der Partei in den Landgemeinden ist die Erfüllung des Anbauplanes, des Viehhalteplanes und der Erfassungs- und Aufkaufpläne im Bezirk Rostock. Der Stand der Erfassungs- und Aufkaufpläne im Bezirk Rostock ist im Bezirksdurchschnitt:

Getreide .....	86,8 Prozent
Dlsaaten .....	73,7 Prozent
Kartoffeln .....	18,1 Prozent
Rind .....	63,7 Prozent
Schwein.....	50,9 Prozent

Es gilt, schnellstens das Ablieferungssoll in Getreide zu erfüllen.

In Kartoffeln, Ölfrüchten und Schweinefleisch muß der Rückstand schnell aufgeholt werden.

Die Parteileitungen der Gemeinden haben die Aufgabe, die örtlichen Staatsorgane stark zu machen, um die Einhaltung der Gesetze mit Hilfe der werktätigen Bauern und Landarbeiter zu erwirken.

In der Beratung des Bezirksorganisationskomitees mit den Vorsitzenden der Produktionsgenossenschaften zeigte es sich, daß die allseitige Hilfe für die Produktionsgenossenschaften durch die Leitungen der Partei, die staatlichen Organe, VdgB und MAS noch nicht gesichert ist. Es stellte sich auch heraus, daß in einzelnen Gemeinden ein Teil der bäuerlichen Mitgliedschaft unserer Partei die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften nicht unterstützt. Das zeugt von ernsten Mängeln in der ideologisch-politischen Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen, die es offenbar nicht verstanden, den Mitgliedern unserer Partei und der werktätigen Bevölkerung auf dem Lande die Beschlüsse der II. Parteikonferenz und die Vorteile der gemeinsamen Arbeit für die werktätigen Bauern zu erläutern.

In allen Kreisen gibt es viele Beispiele dafür, wie durch die Parteiorganisationen die Auseinandersetzung über die Rolle und Bedeutung der Produktionsgenossenschaften geführt wird. Man kann dabei förmlich von einer Neuformierung der Kräfte auf dem Lande sprechen. Durch die genossenschaftliche Arbeit, das gemeinsame Handeln, den Beginn der landwirtschaftlichen Großproduktion gehen die werktätigen Bauern einen gewaltigen Schritt vorwärts.

Die Aufgabe aller Parteileitungen besteht darin, das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und allen werktätigen Bauern zu erweitern und zu festigen und den werktätigen Bauern besondere Unterstützung zu gewähren, die sich zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen.

Über die Form der Produktionsgenossenschaften, über die Frage der gemeinsamen Viehhaltung, über die Arbeitsordnung und alle Fragen der Entwicklung der Genossenschaften müssen die Leitungen der Partei informiert sein und den Genossenschaftsbauern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Unsere „Ostsee-Zeitung“, die in den letzten 14 Tagen Anstrengungen unternahm, um ihre Rolle als politischer Organisator zu erfüllen, hat in der Ausgabe vom 2. Oktober 1952 einen groben politischen Fehler begangen. Die Veröffentlichung unter dem Titel „Produktionsgenossenschaft ‚Karl Marx‘ fordert alle Genossenschaftsbauern zum Wettbewerb heraus\* ist nicht mit der Leitung der Partei besprochen und steht im Widerspruch zu unserer Auffassung. Wir empfehlen den Produktionsgenossenschaften keineswegs, unkontrollierbare Wettbewerbe durchzuführen, an denen alle Produktionsgenossenschaften teilnehmen. Wir schlagen ihnen vielmehr vor, dem Beispiel von den Produktionsgenossenschaften Altenpleen und Trinwillershagen zu folgen, die in einem Vertrag untereinander die Wettbewerbsbedingungen festlegten und Kommissionen zur gegenseitigen Kontrolle und Hilfe bestimmten. Der politische Fehler der Redaktion der „Ostsee-Zeitung“ besteht aber weiter darin, daß im Gegensatz zu den Beschlüs-

sen der Partei und III Widerspruch zu den Aufgaben der Genossenschaft der Vorschlag popularisiert wurde, durch die Genossenschaften Kandidaten für die SED zu werben. Wir wissen, daß die werktätigen Bauern sich enger um unsere Partei scharen und viele von ihnen es als eine Ehre betrachten, wenn sie in die Partei aufgenommen werden. Das ist aber eine Angelegenheit der Partei und nicht der Produktionsgenossenschaft.

Das Sekretariat der zu wählenden Bezirksleitung muß zu dem unverantwortlichen Verhalten der Redaktion bereits in seiner nächsten Sitzung Stellung nehmen.

Es war festgelegt, daß die Rede des Genossen Fred Oelßner „Über die Aufgaben der Partei auf dem Lande“ in allen Grundorganisationen durchgearbeitet werden sollte. In dieser Rede sind fast alle Fragen beantwortet, die bisher in den Diskussionen bei uns auf dem Lande aufgetaucht sind. Die Parteiorganisationen sollten auch noch die Rede des Genossen Hermann Matern auf der letzten Volkskammersitzung studieren und dann in allen Aussprachen, Sitzungen und Versammlungen mit werktätigen Bauern zu den großen politischen Fragen und den konkreten Fragen auf dem Lande Stellung nehmen und mit ihnen darüber diskutieren.

Der *JffueWeg* antwortet auf Fragen aus der Parteipraxis:

## Kämpft gegen Verletzungen der innerparteilichen Demokratie

In der Ortparteileitung Leubnitz bei Werdau wurde der Beschluß gefaßt, den bisher als Sekretär der Ortparteiorganisation ehrenamtlich tätigen Genossen als hauptamtlichen Parteisekretär in den Leubnitzer Textilwerken einzusetzen. Die Ortparteileitung steht auf dem Standpunkt, daß eine Wahl des Genossen in die Leitung der Betriebsparteiorganisation nicht notwendig sei, da der Genosse ja auch von den Mitgliedern der Betriebsparteiorganisation in die Ortparteileitung gewählt wurde.

Der Genosse Heinz Schmidt aus dem Leubnitzer Textilwerk bat die Redaktion „Neuer Weg“ um Aufklärung, ob ein solcher Standpunkt der Ortparteileitung richtig ist. Einige Genossen forderten nämlich eine Wahl des Genossen, weil er bisher nicht der Betriebsparteileitung angehörte.

Die Meinung dieser Genossen ist richtig. Wenn der als Parteisekretär vorgeschlagene Genosse auch bisher im Leubnitzer Textilwerk gearbeitet hat, wenn er auch von den Delegierten der Betriebsparteiorganisation in die Ortparteileitung gewählt wurde, so ist er damit keinesfalls automatisch Mitglied der Betriebsparteileitung. Die Betriebsparteiorganisation hat das Recht und soll auf diesem Recht bestehen, die Mitglieder ihrer Leitung selbst zu wählen. Daher ist es notwendig, daß der Genosse von der Betriebsparteiorganisation in die Leitung gewählt wird und die Leitung ihn zum Sekretär wählt. Erst dann kann er Sekretär der Betriebsparteiorganisation sein.

Diese Frage ist deshalb so wichtig, weil wir in der Partei unbedingt die noch üblichen Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie ausmerzen müssen, weil die Mitgliederversammlung wirklich zum höchsten Organ der Grundorganisation werden muß, das seine Leitung selbst wählt, von der Leitung Rechenschaft über die geleistete Arbeit verlangt, über die politische Arbeit im Bereich der Grundorganisation berät, darüber beschließt und die Mitglieder zur Durchführung der Parteibeschlüsse erzieht. Die Redaktion.